

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Spaltenzeile für Arbeiterzeitung 75 Pf., für Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anfragen, Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Kleinige Inseraten-Aufnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 10.

Duisburg, den 10. März 1917.

18. Jahrgang.

Kriegsverhältnisse aus den Lokomotiv- Waggon- und Eisenbahnbedarfs- bauanstalten.

Die gewaltigen militärischen Siege Deutschlands und die gesunde Zuthaltung unserer Volkswirtschaft während der Kriegszeit sind nicht unwesentlich auf unser starkes und hochentwickeltes Verkehrs-
wesen zurückzuführen. Hier von nehmen unsere Eisenbahnen einen besonderen Platz ein. Innerhalb der großen Städte sind die an sie gestellten Kriegsanforderungen. Die zu befahrenden Gebiete sind durch die Hinaustragung unserer Grenzen gewaltig erweitert worden. Die Kriegsbilanz von 1916 ergab, daß wir 593 000 Quadratkilometer von den feindlichen Ländern besetzt halten. Das ist ein Gebiet, das an Größe bereits das ganze Deutsche Reich mit seinen 541 000 Quadratkilometern erheblich übertrifft. Unser Verkehrswesen hat dadurch schon fast allein ein Doppeltes zu leisten. Hinzu kommt, daß die Schwerpunkte der Verkehrsaufgaben während des Krieges an die äußersten Grenzen verlegt wurden. Die Truppentransporte, Truppenverschiebungen, sowie deren Versorgung mit Proviant, Munition u. a. m. beschreiben den Umfang der militärischen Aufgaben unserer Eisenbahnen. Daneben versorgen wir auch mehr oder weniger die mit uns verbündeten Staaten mit Verkehrsmitteln. Im Innern brachte die Umgruppierung unserer Ernährungsverhältnisse und des Erwerbslebens, insbesondere der Kriegswirtschaft, unserem Verkehrswesen neue Aufgaben und Belastungen. Dazu kommen die Mängel, die die Einberufung geliebter Personals, sowohl des Betriebes als auch der Reparatur, und auch an Schmierstoffen und geeigneten Kohlen brachten. Auch die Erneuerung der Verkehrsmittel wurde durch den Mangel an geübten Arbeitskräften und an Material erschwert. Dieses führte auch dazu, daß nicht nur die Menge, sondern auch die Güte der neuanschaffenden Verkehrsmittel beeinträchtigt wurde. Die in den letzten Wochen aufgetretenen Verkehrsbeschränkungen sind aus diesen Verhältnissen erklärlich.

Gegenüber den feindlichen Staaten steht Deutschland mit seinen Verkehrsmitteln jedoch bedeutend besser da. Durch das Ueberrennen der feindlichen Länder zu Kriegsbeginn hat Deutschland nach englischen Angaben zunächst 200 000 Güterwagen mit einer Zahl Lokomotiven erbeutet, die uns gute Dienste getan haben und noch fortwährend tun. Mit den notwendigen Rohmaterialien und insbesondere mit Kohlen sind wir versorgt. Wesentlich kommt jedoch auch in Betracht, daß wir starke, geübte und leistungsfähige Lokomotiv-, Waggon- und Eisenbahnbedarfsindustrien haben, die unserem Bedarf entsprechend erzeugen können. Und was sie liefern, können wir auch benutzen. Bei unseren Feinden ist beides nicht der Fall! Frankreich und selbst England waren beispielsweise schon vor dem Kriege auf die Erzeugnisse der deutschen Lokomotivbauindustrie angewiesen. Von den übrigen feindlichen Staaten war es eine Selbstverständlichkeit, von uns oder von Belgien Verkehrsmittel zu beziehen; was nunmehr aufgehört hat. Die Franzosen haben nur mehr noch eine Lokomotivfabrik in ihrem Besitz. Ebenso ist fast ihre ganze Eisenbahnwagen-Fabrikation in unseren Händen. Schmiedeeiserne Rohre können sie nun gegen gutes Geld von Amerika beziehen. Frankreich war deshalb gezwungen, Lokomotiven und Waggonen in England herstellen zu lassen. In Zukunft werden unsere U-Boote noch mehr dafür sorgen, daß die Verkehrs- und Materialnöten unserer Feinde noch größer werden. Die Kohlennot in Italien und Frankreich, sowie die diesbezüglichen Armistizbedingungen in Rußland drücken bereits den Stempel auf die feindlichen Verkehrsnetze. Mit solchen Gefährdungen haben wir erfreulicherweise nicht zu rechnen. Unsere Verkehrsbeschränkungen und vorübergehende Störungen ändern an dieser Zusage nichts.

Nichtsdestoweniger sieht auch unsere Verkehrsmittelindustrie vor gewaltig großen Gegenwart- und Zukunftsaufgaben. Die augenblicklichen Verkehrsstörungen zeigen die Gefahren, die uns drohen, wenn wir diesen Aufgaben nicht gerecht werden. Daneben ist von weiterer Bedeutung, daß die in Frage kommenden Industrien auch noch die Herstellung sonstiger wichtiger Kriegsaufträge übernommen haben. So haben alle Lokomotiv- und Waggonbauanstalten, wie auch die sonstigen Eisenbahnbedarfsfabriken entweder die Bearbeitung von Grana-

ten, Torpedos oder Geschossteilen übernommen; Geschätz- und Gerätewagen, Flugzeuge, die verschiedenartigsten Automobile und ähnliches Kriegsgeräte mehr, wird nebenher noch von diesen Firmen erzeugt. Die Erfüllung dieser gewaltig großen vaterländischen und volkswirtschaftlichen Aufgaben ist naturgemäß auf engste verknüpft mit der Lösung der Arbeiterfrage. Und zwar nicht nur allein in Bezug auf Erhaltung der Arbeitskräfte durch ausschmückende Löhne, sondern auch in Bezug auf die Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit und des Verantwortungsbewußtseins. Nur unter diesen Voraussetzungen werden sich die noch schlummernden Arbeitskräfte zur freien Entwicklung und zu den Taten emporkrecken, die wir in Gegenwart und Zukunft benötigen. Und darin hapert es noch gewaltig! Die Kriegslöhne der in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen stehen zu den gewaltig gesteigerten Gewinnen der Werke in gar keinem Verhältnis; noch sind auch sonst die angeführten Voraussetzungen erfüllt, die zur Erledigung der hohen Kriegsaufgaben notwendig sind.

Standen die Lokomotiv- und Waggonbauanstalten, als auch die sonstigen Eisenbahnbedarfsfabriken schon vor dem Kriege in äußerst guten Gewinnverhältnissen — die Aktiengesellschaften der Lokomotivfabriken verteilten in den Jahren vor dem Kriege im Durchschnitt 12—14 Prozent Dividende — so sind dieselben während der Kriegszeit noch bedeutend erhöht worden. Diese Gewinnsteigerungen sind auf erhöhte Preise der Haupterzeugung, sowie auf die „anständigen“ Preise der Nebenerzeugung, des unmittelbaren Kriegsmaterials, zurückzuführen. Nicht unwesentlich haben aber auch die gewaltig gesteigerten Kraftanstrengungen und Geschicklichkeiten der Arbeitskräfte im Betriebe zu diesen Kriegsgewinnen beigetragen. Desgleichen wohl auch der Umstand, daß auf nur in die Augen fallende Qualitätsarbeit während der Kriegszeit weniger Wert gelegt wurde, wodurch ebenfalls den Werken manche Anwendung „erspart“ blieb. Die Gewinne der Werke verkörpern sich in den gewaltigen Steigerungen des Umsatzwertes, in den glänzenden Geschäftsberichten der Aktien-Gesellschaften sowie in den riesigen Erweiterungen ihrer Anlagen und der Grundkapitalen. Von ungefähr 20 Fabriken Deutschlands, die entweder ausschließlich oder doch wesentlich Lokomotiven herstellen, sind 13 Aktiengesellschaften und seien von vier von diesen die in letzter Zeit erschienenen vorliegenden Geschäftsberichte angeführt:

	Gewinn 1914/15	Gewinn 1915/16	Stückende 1914 15 1915/16
Hohenzollern-Düsseldorf	1 465 303	1 497 915	15 20
Humboldt-Roth	4 001 723	4 367 315	8-7 7-8
Berliner Maschinenbau- A.-G. (Schwarzkopf)	4 135 178	5 231 875	18 25
Hannoversche Maschinen- A.-G.	8 058 318	12 163 778	20 30
Durchschnitt	4 415 130	5 832 921	12,5 20,6

Im besonderen ist dazu noch zu bemerken: „Hohenzollern“ erhöhte das Aktienkapital um eine Million Mark. Der „Humboldt“ vergrößerte seine Lokomotivabteilung um 25 Prozent und führte im Berichtsjahre eine Waggonbauabteilung neu ein. Die Berliner Schwarzkopfschen Werke steigerten ihren Umsatz um 25,5 Millionen Mark auf 49,0 Millionen Mark. Die Hannoversche Maschinenbau-A.-G. steigerte ihren Umsatz um 15,4 Millionen Mark auf 51,3 Millionen Mark. Die Anlagewerte dieser Firma wuchsen im Geschäftsjahr um 2,2 Millionen Mark. Für den Erwerb von Grundstücken für Neubauten wurden allein 1 Million Mark verausgabt. Die glänzenden Gewinnverhältnisse und die gewaltige Erweiterung der Anlagen, auch mit Anschluß an Eisensteingruben, Kohlenzechen, Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Gießereien usw. liegen mehr oder weniger in gleichem Maße bei allen Lokomotivfabriken vor. So berichteten die Handelszeitungen auch über gewaltige Ankäufe und Erweiterungen der Weltfirma Henschel u. Sohn in Cassel. Die Lokomotivfabrik Arnold Jung, G. m. b. H. in Kirchen hat die Zahl der Arbeitskräfte in den letzten Kriegsjahren fast verdoppelt und ebenfalls ganz gewaltige Neubauten errichtet. Auch die dort-

selbst vor wenigen Jahren neugegründete „Siegheimsche Lokomotivfabrik G. m. b. H.“ hat sich in sehr guter und besonders in finanzieller Weise entwickelt. Daß auch die übrigen für die Herstellung von Fahrzeugen, wie Personenzug- und Waggonen und für sonstigen Eisenbahnbedarf, in Frage kommenden Fabriken ähnlich gute Geschäfte machen und sichere Aussichten für die Zukunft haben, steht außer allem Zweifel. Denn der „Vater Staat“ zahlte nicht nur in Friedenszeiten gut, sondern auch während der Kriegszeit.

Die geeinten Kräfte der industriellen in starke Organisationen gefaßt, haben neben der Kriegslage den Werken solche Gewinne und zuversichtlichen Ausblicksbilder eröffnet. Für die Wahrung der Interessen der Lokomotivbauindustrien sorgt zunächst der „Lokomotivverband für Inland“ mit dem Sitz in Berlin. Am 31. März 1912 wurde derselbe mit der Bestimmung erneuert, „daß sich seine Dauer für die folgenden sieben Jahre stillschweigend verlängern sollte“, falls er nicht gekündigt werde. Seit dieser Zeit hört man in den öffentlichen Kreisen nichts mehr von ihm. Nur bei Verhandlungen über Arbeiterlöhne entfällt ab und zu ein Wort über ihn, daß er bemüht sei, höhere Preise zu bekommen und daß dann auch die Löhne erhöht würden. Sonst gehört der Verband zu den stillen Wassern, die bekanntlich tief gründen. Seine Erfolge müssen groß sein, denn er besitzt ein Monopol, da ihm alle Werke angehören. Er bestimmt die Preise und wirkt auch mit bei der Verteilung der Aufträge für Staats- und Privatbahnen auf die einzelnen Anstalten.

Der Lokomotivverband für die Ausfuhr, also für alle Lokomotiven, die über die Grenze gehen, wurde um dieselbe Zeit bis zum 1. Juni 1915 verlängert und läuft von da ab je um ein Jahr weiter, wenn er nicht gekündigt wird. Daß dieses nicht geschehen ist und auch kein Grund zur Kündigung vorliegt, versteht sich von selbst. Denn getreulich zur Seite seines Bruderverbandes fürs Inland, besorgt er mit ähnlichen Aufgaben ausgerüstet, die Geschäfte der Fabriken, die ins Ausland liefern. Wenngleich auch diese Lieferungen durch den Krieg zurückgegangen sind, so sind doch noch viele neue Lokomotiven an neutrale Staaten abgesetzt worden. Voraussichtlich wird dieses auch bei der weiteren Kriegsdauer nicht ganz unmöglich gemacht werden können, und nach dem Kriege werden beide Bräder weitere „gute und stille Geschäfte“ machen können.

Der Verband deutscher Waggonfabriken, dessen Vertrag mit Ende des verfloßenen Jahres abließ, aber erneuert wurde, hat in der letzten Zeit etwas von sich reden gemacht. So wurde u. a. bekannt gegeben, daß die Linde-Hoffmann-Werke, Breslau u. G. für Eisenbahnwagen, Lokomotiv- und Maschinenbau, die Waggon- und Maschinenfabrik A. G. vorm. Busch, der Bochumer Verein, die Waggonfabrik A. G. vorm. F. Herbrand u. Co., die Gothaer Waggonfabrik A. G. u. a. m. diesem Verbands angehörten. Am 22. Januar ds. J. hielt der Verband zu Berlin eine Versammlung ab und wurde darüber berichtet: „Streitigkeiten zwischen den Werken des Verbandes und Außenleitern bestehen nicht mehr, vielmehr herrscht allseitig gute Einberührung vor.“ Der wesentliche Gegenstand der Beratungen war „die Gestaltung der Preise für die zukünftigen Lieferungen“ und ist auch darüber „eine grundsätzliche Einigung unter den Werken erzielt worden.“ Was Wunder, wenn neben den Lokomotivfabriken auch die Waggonbauanstalten wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft ihr Schicksal teilen werden!

Die in der Verkehrsindustrie beschäftigte Arbeiterschaft hat selbstverständlich keine Ursache, diesen Bestrebungen der Werke kritisch gegenüber zu stehen. Im Gegenteil! So lange diese Bestrebungen nicht überspannt werden, angemessene Preise sichern und die Preistreiber unter den Werken unterbinden, sind sie sogar lebhaft zu begrüßen, denn sie schaffen die Möglichkeit zur Zahlung angemessener Löhne und auf die Gestaltung erträglicher Arbeitsverhältnisse. Wo diese nicht bestehen, trägt die Arbeiterschaft einzig und allein selbst die Schuld. Sie sollte mehr in gleicher Weise wie die Werke in ihrer Organisation sich bereinigen und ebenfalls dafür Sorge tragen, daß die „Augenfeind“ von der Bildfläche ver-

schwinden. Dann werden sich auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter und Arbeiterinnen wenigstens einigermaßen mit den Gehältern und Ausflüchten der Lokomotiv- und Waggonfabriken paaren können.

Die Aussichten dieser Industriezweige sind die denkbar besten. Wenngleich auch Privataufträge weniger vorliegen, so regnet es geradezu an Staatsaufträgen und zwar unter günstigen Bedingungen. Die preussisch-hessischen Staatseisenbahnen ließen in den Rechnungsjahren 1914-16 allein für 768,7 Millionen Mark nur an Fahrzeugen neu herstellen. Die Neuanschaffungen im Jahre 1916 waren höher wie im Jahre vorher und betragen: 1600 Lokomotiven, 31 230 Gepäcke- und Güterwagen und 1700 Personenwagen. Die für das Jahr 1917 zu beschaffenden Lokomotiven und Güterwagen werden noch höher sein. Die Auslagen dafür sind auf „Rechnung der höheren Herstellungskosten“ gewaltig vergrößert worden. Der jüngst erschienene preussische Eisenbahnaushalt für 1917 fordert allein für Neubau von 560 Lokomotiven 61 830 000 Mark, 770 Personenwagen 16 722 000 Mark, 6400 Güter- und Gepäckwagen 26 448 000 Mark. Zu diesen ordentlichen etatsmäßigen Aufträgen kommen dann noch die außerordentlichen Bestellungen hinzu, die auf Grund der Eisenbahnanleihen gedeckt werden und die für das Rechnungsjahr 1917 ebenfalls „beträchtlich höher“ als im Vorjahr sein werden. Des weiteren ist bekannt gegeben, daß die Heeresverwaltung diesen Fabriken die nötigen Bedarfsstoffe und die erforderliche Zahl von Arbeitskräften zuführen wird. Bestenfalls ist inzwischen geschehen, indem diese im Lokomotiv- und Waggonbau beschäftigten Arbeiter vom Heeresdienste beurlaubt worden sind und somit an der Verübung der großen Aufgaben der Verkehrsmittelindustrie mit neuer Kraft angefaßt werden kann.

Sind die Konjunktur- und Gewinnaussichten der Industrie gute, so läßt die Lage der in ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen noch viele berechtigten Wünsche offen. Im Interesse der gewaltig hohen Aufgaben dieser Industrie ist dieses zu bedauern und liegt somit eine Lösung dieser Fragen auch im ureigensten vaterländischen Interesse. Nach den von unserem Verbandsorganismen erhobenen betrug beispielsweise der ermittelte Durchschnittslohn in einer rheinischen Lokomotivfabrik im Juli 1914 69,3 Pfg., im Mai 1915 60,3 Pfg., im November 1915 66,8 Pfg. und im Juli 1916 67,2 Pfg. pro Stunde. Gewiß sind inzwischen diese Löhne weiter gesteigert worden und zwar zumeist durch die nachhaltigste Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation. Aber diese Steigerungen stehen in gar keinem Verhältnis zur Teuerung und zu den bis ins höchste gesteigerten Leistungen der Arbeitskräfte. Fast nur letzteres hat mit Ausnahme geringfügiger Zulagen zu diesen Mehrverdiensten geführt. Von einer Erhöhung der Akkordlöhne ist nichts bekannt geworden. Wenn nun trotzdem die Mehrverdienste bei der geänderten Qualität der zu bearbeitenden Stoffe, bei schlechterem und ungenügendem Werkzeug, und durch den Mangel an gelübten Mitarbeitern erzielt wurden, so ergibt sich daraus ohne weiteres, wie gewaltig hoch die Aufwendungs- und Geschäftlichkeitsentfaltung der Arbeitskräfte sein muß. Ein vergrößertes Heer von Meistern und Aufpassern versuchte das größtmögliche aus den Arbeitskräften herauszuholen. Dieser „Antrieb“ ist jedoch unnütz, denn wer von den oft kargen Akkordlöhnen leben will, der wird schon von selbst zur größtmöglichen Leistung getrieben.

Zumeist herrscht der Gruppenakkordlohn vor; wobei nicht selten der Kolonnenführer und seine „Getreuen“ einen auskömmlichen Lohn haben, aber die Verdienste der anderen Kolonnenangehörigen viel zu wünschen übrig lassen. Und ist schließlich der Kolonnenführer „auf den Mund gefallen“, oder wie es auch nicht selten vorkommt, ein sogenannter „Meisterpostenjäger“, dann hat in Bezug auf Verdienst nicht nur die ganze Kolonne oft das Nachsehen, sondern eine solche Gesellschaft wird dann auch in den einzelnen Abteilungen oder in Betriebskonferenzen gegen andere höher entlohnte Kolonnen oder Abteilungen mit Erfolg ausgespielt. Alle Abteilungen der einzelnen Werke haben darum das größte Interesse daran, daß solche „Bruchkolonnen“ aufgebessert und ihnen das Konkurrenzhandwerk gelegt wird. Eine weitere Lohnbeschwerde, die im besonderen im Lokomotivbau vorliegt, hat ihre Ursache in unliebhamen Betriebs- oder Materialbedingungen. Das Handinhandarbeiten von einer Abteilung oder Kolonne zur anderen ist hier wesentlich. Erst nach beendigter Arbeit der einen Abteilung kann die andere beginnen. Geht nun etwas, oder läßt die Führung des Betriebes zu wünschen übrig, so ist eine tage- oder gar wochenlange Minderbeschäftigung einzelner Abteilungen oder Kolonnen keine Seltenheit und dadurch schmälert sich das Verdienst ganz gewaltig. Wo dieses nicht durch Zahlung eines angemessenen Tagelohnes der Arbeiterschaft vergütet wird, verlangt dieselbe ganz mit Recht, daß sie in anderer Weise dafür entschädigt wird. Wenn der nötige Nachdruck innerhalb starker Organisationen hinter diese Forderung gestellt werden könnte, würde dieses erreicht und sicher in manchen Fällen auch die Beschäftigung eine stabilere werden.

Da dieses bislang nicht zur Tat geworden ist, so erklärte sich daher auch die rückwärts verlangte Ueberzeitarbeit, die vielfach zu einem Umwesen aus-

geartet ist. Wo überall ein angemessener Zuschlag für Ueberstunden, Sonntags- oder Nacharbeit verlangt und durchgedrückt wird, werden dieselben unbeschädigt des Produktionsfortgangs auf ein verschwindendes Maß herabgesetzt werden. Dann wird auch eine Lohnverbesserung jener eintreten müssen, die selber durch Leisten von Ueberstunden sich einen auskömmlichen Lohn sichern mußten. Reklamierende oder vom Heeresdienst zur Arbeitsleistung in die Verkehrsmittelindustrie abkommandierte Arbeiter betraut man mit Vorliebe mit solchen Arbeiten, die im geringeren Tagelohn ausgeführt werden und womit andere nicht zufrieden sind. Auch Kriegsbeschädigte sind dazu bestellte Kräfte. Vereinzelt wird dieses sogar mit dem Hinweis „begründet“, ein höherer Akkordlohn würde die Militärentente gefährden. Welche Schutzbeispiele werden auch mit der sich ständig steigenden Zahl von Arbeiterinnen in den Bauanstalten für Verkehrsmittel aufgeführt. Die Beschäftigung derselben ist eine vielgestaltige; Schraubstodarbeiterinnen sind hier schon längst keine Seltenheit mehr. Wie aus diesen so wird auch aus den jugendlichen Arbeitern und den Lehrlingen nach beliebiger latter Berechnung herausgeholt, was heraus zu holen ist und zwar ohne, daß für gleiche Leistung der gleiche Lohn gezahlt wird. Veranschaulicht man sich noch die andauernden Akkorddifferenzen, die ihren Ursprung in fortwährenden Neuerungen an unseren Verkehrsmitteln durch Bearbeitung der Gegenstände durch verbesserte Maschinen und durch andere Werkzeuge, haben, so ist unter Würdigung der sonstigen Lohnangaben, die mehr oder weniger in allen Betrieben zu beschwerden Anlaß geben, die gewaltige Aufgabe der in der Verkehrsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen und ihrer gewerkschaftlichen Organisation gegeben.

Aber nicht nur die Lohnfrage allein gibt zu schwerem berechtigten Anlaß, sondern in ebenso bestimmter Weise müssen auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse und die Behandlung dieser Arbeiterklasse einmal erwähnt werden. Wie hier der „Burgfriede“ gestört, einseitig für die Werke ausgenutzt und der kräftigste Scharfmacherstandpunkt gegen die Arbeiterschaft angewandt wurde, das lehren die vorliegenden Kriegsverhältnisse aus einer bekannten Lokomotivfabrik. Von Kriegseinsatz bis auf den heutigen Tag wurden hier nach und nach folgende Verschlechterungen eingeführt: Wegfall des Zuschlages für Sonntagsarbeit, Wegfall einer Waspause bei längerer Ueberzeitarbeit, Verringerung der Auslöhnung mit Verschlechterungen für die Arbeiterschaft, übliche Rechte der Arbeiterschaft wurden in neuen Satzungen für den Arbeiterausschuß und, in einer neuen verbesserten Arbeitsordnung wesentlich gekürzt. Ohne die Arbeiterschaft zu hören, wurde letztere „in Druck gegeben“ und in Wirksamkeit gesetzt. Ein „mitleidiger“ Arbeiterausschuß, der im Auftrage der Arbeiterschaft um notwendige Verdiensterhöhungen nachsuchte, wurde abgefaßt. Ein Witzgeuch der Arbeiterschaft um Verdiensterhöhung mit mehreren hundert Unterschriften versehen, gar nicht angenommen, dafür aber mit allem Hochdruck Untersuchungen veranstaltet, woher die Unterschriften gekommen waren. Dieser Fall wäre noch auf Hunderte andere Dinge weiter zu führen. Diese heftig einschneidenden Verringerungen wurden vorgenommen, wo die Hälfte der Arbeiterschaft im Felde standen und der übrigen Arbeiterschaft, wo auf die gewerkschaftlichen Gegenmittel während der Kriegszeit freiwillig und aus höheren Erwägungen verzichtet wird. Die Möglichkeit nicht gegeben war, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Gewiß wurde durch die gewerkschaftliche Organisation gegen diese Verschlechterungen Stellung genommen und auch manche derselben hintangehalten, aber im Wesentlichen hat das Werk doch seinen Zweck erreicht. Wenigstens scheint dieses so auf den Augenblick. Denn, wieviel innere Befriedigung, Arbeits- und Verantwortungsfreudigkeit der Arbeiterschaft durch diese fortgesetzten Beunruhigungen zu Grabe getragen wurde, und welche ungünstigen Wirkungen dieses auf die Erzeugung ausgelöst hat, das hat die kalte Berechnung des Wertes jedenfalls nicht in das Verlustkonto vermerkt. Diese fortwährende Mabelstichpolitik solcher Werke, die die Produktion weder steigern, noch bessern, sondern eher gefährden, die gar nichts mit den höheren Aufgaben der Verkehrsmittel-Industrie gemein haben und die endlich auch durch die fabelhaft hohen Werkzeugspreise gar nicht zu rechtfertigen ist, muß unbedingt aufhören, wenn auch diese Kriegspflicht im allgemeinen Interesse erfüllt werden sollen.

Solche Verhältnisse des Lohnes, der Arbeit und der Behandlung sind jedoch nur möglich, weil Tausende von Arbeiter und Arbeiterinnen, die entweder in Lokomotiv- oder Waggonfabriken, oder in sonstigen Eisenbahnbedarfswerken beschäftigt sind, und wo mehr oder weniger solche oder ähnliche Beschwerden vorliegen, nicht den gleichen Weg in ihrer Organisation wandeln, den die Werke zur Vertretung ihrer Anliegen und Verbesserungen in ihren Verbänden erfolgreich begehren. Statt dem ewigen Schimpfen und Klagen muß sich diese Erkenntnis Bahn brechen! Nur die Taten durch die Organisation können Wandel zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen! Darum: Fort mit aller Scheu, besonders mit der Bei-

tragscheu! Nicht der Arbeiter oder die Arbeiterin haben etwas, die als Unorganisierte abseits vom Wege stehen, sondern nur den an und für sich schon kapitalkräftigen Werken kommen solche „Erbsarnisse“ zu gute. Fort auch mit allem Dunkel und mit allem falschem Strebertum auf Vorkbeiter-, Monteur- oder Meisterposten! Wer ordnungsmäßig auf der Verwirklichung seiner Rechte besteht, der wird schon von selbst zur größtmöglichen Pflichterfüllung geführt. Ein solcher Gemein Sinn muß sich verkörpern! Nicht nur das Interesse der in der Verkehrsmittelindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erheischt dieses, sondern auch die Erfüllung der großen vaterländischen Aufgaben, die an diese Werke im besonders hohen Maße gestellt sind! Darum: Hinein in die Organisation! Hinein in unseren Christlichen Metallarbeiterband!

Steuerfreiheit für Teuerungszulagen und steuerliche Erleichterungen.

Die Heranziehung von Teuerungszulagen und sonstigen Beihilfen als Einkommen zur Steuerpflicht bedeutet eine soziale Härte und ist auch schon aus dem Grunde unbillig, weil dadurch der Zweck dieser Zulagen wesentlich vereitelt wird. Das Gleiche gilt auch von der Einbeziehung des durch Ueber- und Nebenlöhnen verdienten Lohnes.

Mit Rücksicht darauf, und auch von der Erwägung ausgehend, daß im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung eine Herabsetzung des von der Staatssteuer freibleibenden Existenzminimums sowie eine Erweiterung des Kinderprivilegs dringend geboten ist, hat unser Verband dem Preussischen Abgeordnetenhaus und der Regierung am 14. Februar 1917 die nachfolgende Eingabe unterbreitet:

Im Interesse der Arbeiter sowie der minderbemittelten Bevölkerung erlaubt sich der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands dem hohen Abgeordnetenhaus die Bitte zu unterbreiten, dahin wirken zu wollen, daß diesen Kriegsgeschichten steuerliche Erleichterungen geschaffen werden.

- Als solche werden in Vorschlag gebracht:
1. Steuerfreiheit für die gewährten Teuerungszulagen;
 2. Nichtbeziehung des durch Ueber- und Nebenlöhnen verdienten Lohnes zum steuerpflichtigen Einkommen;
 3. Herabsetzung des von der Staatssteuer freibleibenden Existenzminimums;
 4. Erweiterung des Kinderprivilegs.

Begründung:

1. Infolge der seit Kriegseinsatzbeginn eingetretenen und fortgesetzten steigenden Teuerung aller Lebensbedarfsartikel, namentlich der Nahrungsmittel, haben sich mehrere Arbeitgeberkreise veranlaßt gesehen, besondere Teuerungszulagen, sei es in der Form der Kinderzulagen oder anderer Art, ihren Arbeitern zu gewähren.

Aus denselben Ursachen haben ja auch Reich, Staat und Gemeinden ihren Arbeitern, Angestellten und Beamten ebenfalls besondere Teuerungszulagen gewährt.

Diese Zulagen sollen als vorübergehend gewährte Beihilfen dem Zwecke dienen, das Durchhalten zu erleichtern und den bedachten Kreisen die Möglichkeit zu geben, das Allernotwendigste zum Lebensunterhalt zu beschaffen, um ihre Kräfte für die im vaterländischen Interesse so hoch notwendige Produktion zu erhalten.

Die Heranziehung dieser Teuerungszulagen zur Steuerpflicht würde sonach eine soziale Härte und Unbilligkeit bedeuten und auch den Zweck der Gewährung, den Arbeiter und seine Familie vor den größten Entbehrungen zu schützen, vereiteln, da sonst vielfach durch die Hinzurechnung der Beihilfen eine höhere Steuerstufe in Anwendung kommen würde. Da bereits im Haushaltsauschuß des Landtages die Steuerfreiheit der Teuerungszulagen für alle in Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen tätigen Arbeiter, Angestellte und Beamten zum Beschluß erhoben worden ist, erfordert schon aus Gerechtigkeitsgründen, diesen Beschluß auch auf die in der Privatindustrie tätigen Arbeiter und Angestellten auszudehnen.

2. Die hohen Anforderungen, welche in steigendem Maße an die Industrie zur Sicherstellung des gesamten Heeresbedarfs gestellt werden, macht es der Arbeiterschaft zur vaterländischen Pflicht, Ueber- und Nebenlöhnen in hohem Maße unter äußerster Strafanstrennung zu leisten.

Diese Mehrarbeit bedingt aber auch einen erheblich größeren Aufwand an Lebensmitteln zur Erhaltung der notwendigen Arbeitskraft und hat einen größeren Beschleiß an Schuhen und Kleibern im Gefolge. Dadurch wird ein erheblicher, wenn nicht sogar vollständiger Verbrauch des Mehreinkommens aufgewandt, so daß tatsächlich nur von einem scheinbaren Mehreinkommen geredet werden kann.

Die Besteuerung dieses Einkommens aus Ueberzeitarbeit wirkt erbitternd unter der Arbeiterschaft und wäre daher deren Nichtbeziehung aus sozialen Gründen durchaus geboten.

3. Das Einkommensteuergesetz vom Jahre 1901 hat das Existenzminimum, das von der Staatssteuer frei bleibt, auf 900 Mark festgesetzt. Inzwischen ist aber im Laufe der Jahre eine wesentliche Verteuerung aller Lebensbedarfsartikel eingetreten, demgegenüber namentlich im letzten Jahrzehnt der Friedenszeit sich im steigenden Maße ein immer stärkeres Mißverhältnis zwischen dem realen und dem nominalen Einkommen und Lebenshaltung herausgebildet hat. Die Spannung zwischen Reallohn und Nominallohn ist stets fühlbarer und größer geworden, wie ja auch Untersuchungen und statistische Feststellungen ergeben haben.

Die Lohnsteigerungen während der Kriegszeit kommen fast ausschließlich nur einem Bruchteil der Arbeiterschaft, den Facharbeitern, zugute und können nur als Konjunkturlöhne angesehen werden, während der weitaus überwiegende Teil der Arbeiterschaft, namentlich die Un-

gelernten, nur minimal oder kaum hierüber einen Vorteil haben, was ja auch durch die Veröffentlichung der letzten Jahresdurchschnittslöhne der Berufsvereinigungen in der Metallindustrie erwiesen ist.

Durch die gewaltige Steigerung der Preise aller Verbrauchsgüter und namentlich fast während des Krieges ist die Kaufkraft des Geldes noch weiter erheblich gesunken, so daß eine Heraushebung des steuerfreien Existenzminimums nach 25jährigem Bestehen des Satzes von 900 Mark gerechtfertigt und notwendig erscheint.

4. Um den Kinderreichen Familien eine neuerliche Erleichterung zu schaffen, sieht Paragraph 19 des Einkommensteuergesetzes die Ermäßigung von Steuerstufen nach Kopfzahl der Kinder vor.

Erfahrungsgemäß sind die unteren Volksschichten, namentlich der Arbeiterstand, mit größerer Kinderzahl gesegnet, die den Haushaltsaufwand ganz erheblich belastet. Die Erfahrungen des Krieges zeigen, welche hohen väterländischen Interesse der Staat an der Volksvermehrung haben muß, weshalb aus völkischen Interessen eine weitere steuerliche Erleichterung gerade der kinderreichen Familien geboten erscheint, um auch durch diese Maßnahme die Quelle der Volkskraft im Volke zu erhalten.

Getragen von der Hoffnung, daß vorstehende Wünsche bei der künftigen Regierung und dem hohen Abgeordnetenhauseneigentlich Gehör finden und insbesondere die Steuerfreiheit der Steuerzuschläge für das bevorstehende Steuerjahr gewährt wird, zeichnet

mit vorzüglicher Hochachtung
Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands
Wieder,
Verbandsvorsitzender.

Die verstärkte Staatshaushaltskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses hat bereits in ihrer Sitzung vom 1. Februar 1917 nachfolgenden, sehr bemerkenswerten Beschluß gefaßt: „Die aus Anlaß des Krieges bewilligten Beihilfen und Zulagen der unmittlerbaren und mittelbaren Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter des Reiches, des Staates und der Kommunalverbände, sowie der Geistlichen, Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Kirchengemeinden und anderer Religionsgemeinschaften und Religionsgemeinschaften sind frei von Staats- und Gemeindesteuern.“

In dem gleichen Maße, wie die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme für die hier in Betracht kommenden Personen gegeben ist, trifft sie auch für die Arbeiterschaft der Privatindustrie und ganz besonders für die Metallarbeiter und Arbeiterinnen zu. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Reichs-Schuld und -Steuern.

Zur Sicherung des Zinsendienstes für die infolge des Krieges stark anwachsenden Reichsausgaben und Schulden und zur Erhaltung einer geordneten Finanzwirtschaft, hat das Reich neue Einnahmequellen nötig. Mit der kommenden Kriegsanleihe im Betrage von 15 Milliarden Mk., steigt die Reichsschuld, soweit Kriegsanleihen in Frage kommen, auf mehr als 70 Milliarden Mark, so daß für die Zinsen der Reichsschuld bei einem durchschnittlichen Zinsfuß von 5 Proz. allein 3,5 Milliarden Mark aufzubringen sind. Daneben stehen die besonderen weiteren Kriegsausgaben und die ordentlichen Bedürfnisse des Reichs. Neue Schuldaufnahmen und neue Steuern sind deshalb eine absolute Staatsnotwendigkeit.

Wie im Vorjahre so wird sich auch der kommende Reichstag mit diesen Fragen zu beschäftigen haben. Über die neuen Steuerpläne ist der Schleiter noch nicht ganz geklärt. Der Reichsschatzsekretär wird in der ersten Sitzung des Hauptausschusses darüber und über den Stand der Reichsfinanzen den Abgeordneten Mitteilung machen. Durchgeklärt und bekannt ist bisher, daß neben der Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer eine Reichsverkehrssteuer und eine Kohlensteuer vorlage kommen wird.

Den großen Konsum, die Produkte der Textil- wie der Montan-Industrie als Steuerobjekt heranzuziehen, ist längst in Vorschlag gebracht worden. Bei dem heutigen Stande der Textilindustrie, die unter dem Mangel an Rohstoffen leidet, kommt diese jetzt nicht in Frage; zweifellos aber die Kohlenindustrie. Bereits bei der Steuerreform 1908-09 ist die Erhebung von Ausfuhrzöllen auf Kohle und Holz in Vorschlag gebracht und schließlich ein entsprechender Gesetzentwurf vom 32. Reichstagsauschuß in Vorlage gebracht worden. Damals wurde mit einer Steinkohlenausfuhr von 21 Millionen Tonnen gerechnet. Kohle wurde mit 3,5 Millionen, Braunkohle mit 1,5 Millionen Tonnen Export angenommen und für das Reich eine Einnahmequelle von rund 25 Millionen Mark in Ansatz gebracht.

Diese Vorlage des Ausschusses wurde nicht Gesetz. Man fürchtete nicht nur eine große Belastung der Industrie und des Gewerbes, sondern auch der kleinen Verbraucher. Diese letzteren zu schätzen ist bei der heutigen Höhe der Kleinhandelspreise für Kohle, rund 2 Mark für den Zentner, mehr denn je angezeigt. Im Vorjahre schon, als von einer Förderungssteuer die Rede war, hat sich das rheinisch-westfälische Kohlenrubikat gegen diese zu sichern gesucht. Es stellte neue Verkaufsbedingungen auf und erklärte darin: „Die Preise erhöhen sich um den Betrag, der als Reichs- oder Landessteuer auf Bergwerkserzeugnisse erhoben werden sollte.“

Das wäre noch schöner, wenn das Grubenkapital, das während des Krieges doch gut verdient hat, die Steuern einfach auf die Industrie und die Konsumenten

abwälzen könnte. Der Reichstag wird dagegen im Interesse der Verbraucher entsprechende Maßnahmen zu treffen haben.

Was die Höhe der Steuer anlangt, so ist darüber näheres noch nicht bekannt, man sprach früher von einer Abgabe von 50 Pfg. bis 2 Mark pro Tonne. Die Höhe der Reichseinnahme aus dieser Abgabe ist wieder abhängig von der Höhe der Fördermenge bzw. vom Wert derselben. Nach der Produktionsstatistik von 1912 betrug die Steinkohlenförderung und der Absatz im Gebiete des deutschen Reichs 174,87 Millionen Tonnen im Werte von rund 2 Milliarden Mark. Die Braunkohlenförderung 80,93 Millionen Tonnen im Werte von 175,6 Millionen Mark. S. 8.

Allgemeine Rundschau

Christlich-nationale Arbeiterbewegung zur Lebensmittelversorgung.

Der Ausschuß des Deutschen (Christlich-nationalen) Arbeiterkongresses hat unterm 20. Februar d. J. eine Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, Erziehung von Batacki gerichtet, worin die Wünsche der Christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenschaft zur Volksernährung zum Ausdruck gebracht werden. Die Schwierigkeiten im Versorgungswesen hätten sich mit der Dauer des Krieges verschärft. Organisation und Verteilungspolitik würden von immer größerer Bedeutung. Gegenwärtig fränke die deutsche Ernährungspolitik an folgendem:

1. Die staatliche Organisation des Ernährungswesens weist große Mängel auf. 2. Die landwirtschaftliche Produktion geht im Kriege mehr zurück, als an sich unvermeidbar wäre. 3. Breite Kreise der landwirtschaftlichen Erzeuger schränken sich nicht der Zeit entsprechend in ihrer Lebenshaltung ein und liefern nicht alles Entbehrliche ab. 4. Gewisse Verbraucherkreise beschaffen sich auf Kosten ihrer Nebenmenschen auf dem Wege des Schmuggelhandels und infolge unzulänglicher Verteilungsmaßnahmen größere Lebensmittelmengen, als ihnen zusteht.

An der Beseitigung dieser Mängel müsse mit Nachdruck gearbeitet werden. Biers Abstellung der angeführten Mängel werden in der Eingabe dann praktische Vorschläge gemacht. Zur Beseitigung der staatlichen Organisationsmängel müssen in den einzelnen Bundesstaaten Landesernährungsämter eingerichtet oder Staatskommissionen für das Ernährungswesen bestellt werden. Ihnen sind alle die Ernährungsfragen betreffenden Fragen und Aufgaben zu übertragen.

Zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion wären eine Reihe von Mitteln in Anwendung zu bringen. Beschaffung von Arbeitskräften, Zugtieren, Düngemitteln usw. Der sogenannte Anreizpreis zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist, soweit es sich um eine in Deutschland normal eingeführte Frucht handelt, abzulehnen. Es ist kein Mittel, womit die Gesamtproduktion gefördert werden könnte. Den Ausgangspunkt für die Preise der landwirtschaftlichen Produkte haben die Produktionskosten zu bilden; wozu noch ein angemessener Gewinn zu treten hat. Kriegskonjunkturgewinne, die lediglich auf der Not des Volkes basieren, sind abzulehnen. Wegen der Bestrebungen der landwirtschaftlichen Interessentengruppen, eine weitere bedeutende Steigerung der Preise für die hauptsächlichsten und unentbehrlichsten Lebensmittel herbeizuführen, muß energisch Einspruch erhoben werden.

Die Eingabe macht schließlich noch eine Reihe beachtenswerter Vorschläge für eine Verschärfung der Ablieferungsbedingungen und Verbesserung der Verteilungsmaßnahmen. Der vom Vorsitzenden des Arbeiterkongresses, Abg. Franz Behrens, unterzeichneten Eingabe ist im Interesse der breiten Verbrauchermassen ein möglichst weitgehender Erfolg zu wünschen.

Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen.

In dem Aufsatz „Arbeiterinnen der Metallindustrie“ in Nummer 7 unseres Organs ist zum Ausdruck gebracht, daß die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung — soweit der Arbeiterinnenschutz in Frage kommt — während des Krieges aufgehoben worden seien. Das ist nur bedingt richtig.

Der Herr Gewerbeinspektor für Saarbrücken-Stadt macht uns in dankenswerter Weise auf die tatsächliche Sachlage aufmerksam. „Von einer „allgemeinen Aufhebung“ der Schutzbestimmungen — so schreibt er — kann nicht die Rede sein. Die Schutzbestimmungen bestehen vielmehr in vollem Umfang. Jedoch wird dem Bedürfnis der Zeit dadurch Rechnung getragen, daß von Fall zu Fall für den Einzelbetrieb zweckentsprechende Ausnahmen zugelassen werden, was naturgemäß in erheblichem Umfang geschehen ist.“

Den Wortlaut des Gesetzes nach bestehen also die Schutzvorschriften für Arbeiterinnen nach wie vor. Tatsächlich sind sie jedoch durch die in erheblichem Umfang zugelassenen Ausnahmen fast vollkommen außer Kraft gesetzt. Dies zur Klarstellung. Die Folgerungen, die unser Artikel in Nummer 7 aus den Verhältnissen der Arbeiterinnen zog, bleiben in vollem Umfang notwendig. Die Aushebung und Ueberanpassung der weiblichen Arbeitskräfte ist zu befechtigen in dem Augenblick, in dem dies nur eben möglich ist. Dazu gehört mit die tatsächliche Anwendung der gesetzlichen Schutzbestimmungen.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. März der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. März fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Stegau (Steg.) Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 28. Januar im Quilingschen Saale ihre Jahreshauptversammlung ab. Zur Einleitung derselben gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des Gedächtnisses unseres Friedenskaisers und brachte ein begeistertes aufgenommenes Kaiserlied aus. Die Tätigkeitsberichte über das vergangene Jahr gaben ein erfreuliches Bild über die gewaltige Fülle der gewerkschaftlichen Kriegsarbeiten. Die Mitgliederbewegung und die Kassenverhältnisse waren auch im Berichtsjahr, wie in allen Jahren des Bestehens der Ortsgruppe aufsteigend. In den letzten 14 Tagen sind allein 88 Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen der Ortsgruppe neu beigetreten. Die Berichte sowohl als auch die erzielten Erfolge des Jahres fanden die volle Zustimmung der Versammlung.

Im Anschluß daran hielt Kollege Mauer (Stegau) einen inhaltreichen und praktischen Vortrag über die Kriegsverhältnisse in der deutschen Lokomotiv- und Waggonbauindustrie, unter besonderer Berücksichtigung der hiesigen Fabriken. (Auszüge des allgemeinen Inhaltes der Vortrages bringt der Beiratsartikel des vorliegenden Organes.) Diese Kriegsverhältnisse zeigten sich auch hier im besonderen Maße. Die Kriegsgewinne der Werke passen zu den Löhnen der Arbeiterschaft in keiner Weise. An besonderen Mehrerträgen ist auf der Lokomotivfabrik Arnold Jung nur die Gewährung einer monatlichen Zulage von 5 Mark für über 18 Jahre alte Arbeiter auf das nachhaltige Drängen der Organisation erzielt worden. Die Kinderzulage beträgt 2 Mark monatlich. Die Arbeiterinnen, wie auch die Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren sind von dieser Zulage überhaupt ausgeschlossen. Diese sei durchaus ungerechtfertigt, denn sowohl die Löhne der Arbeiterinnen als auch den jugendlichen Arbeiter liegen viel zu wünschen übrig. Desgleichen sei auch für diese oder für ihre Familien die Lebenshaltung in gleich hoher Weise als auch für die übrige Arbeiterschaft gestiegen. Nach einem im letzten Herbst ausgetragenen Verhandlungsergebnis der Behörde bei dieser Firma ein Wertung: Im ersten Berichtsjahr 0,50 Mark, im zweiten Berichtsjahr 0,70—0,80 Mark, im dritten Berichtsjahr 0,90 Mark bis 1,10 Mark und im vierten Berichtsjahr 1,30 Mark pro Tag. Einmalige Alfordzuschüsse, die nach freiem Ermessen der Firma gewährt wurden, ändern an diesen geringen Löhnen nicht viel. Es sei darum anzustreben, daß die Zulage an alle Arbeiter und Arbeiterinnen gewährt würde und das im übrigen eine angemessene Erhöhung der Zulage erfolgte. Auch über die Verdienste der Kriegsgeschädigten, der Reklamierten und zur Arbeitsleistung abkommandierten liegt in den einzelnen Abteilungen manche Beschwerde vor. Für unliebsame Störungen innerhalb einzelner Betriebsabteilungen, wodurch der Alfordberdienst gemindert wurde, sei die Zahlung einer angemessenen Entschädigung geltend gemacht worden. Die Alfordverhältnisse der kleineren Kolonnen der Abteilung Montage, wie auch verschiedene Einzelkolonnen in anderen Abteilungen, die zu fortwährenden Beschwerden berechtigten Anlaß böten und zu stetiger Unzufriedenheit führten, müßten einmal grundsätzlich geregelt werden. Seither sei diese „Regulierung“ nur zu Gunsten der Firma vorgenommen worden und zwar deshalb, weil die Arbeiter, die zumeist unorganisiert sind, nicht in der rechten Weise dazu Stellung nehmen konnten. Der früher auf dem Werke übliche Zuschlag für Ueberstunden von 50 Prozent sei bis heute noch nicht wieder eingeführt. Die diesbezüglichen Bestrebungen der Gewerkschaften haben wohl zu dem Erfolg geführt, daß für einen Teil der Ueberstunden wieder ein kleiner Zuschlag gezahlt wird, aber dieser ist kaum nennenswert. Im übrigen sind etwaige Mehrerdienste nur auf die Steigerung der Produktion und die Geschäftlichkeit sowie auf die erhöhte Pflichterfüllung der Arbeitskräfte im Betrieb zurückzuführen. Dem steht gegenüber, daß die Rechte der Arbeiterschaft nicht unwesentlich eingeschränkt wurden, so durch den Maulkorb-Paragraphen der Satzungen des Arbeiterausschusses, sowie auch durch die neue Arbeitsordnung. In letzter Zeit wurde eine Prämie für Ueberstundenleistung in Form von Brotmarkenlagen bekanntgegeben, über deren Herkunft weder die „Gelehrten“ noch die von uns befragten Behörden sich etwas sagen. Neu eintretende „Schwerarbeiter“ sollten 4-6 Wochen warten, bis sie ihre Zulagen erhielten. Durch unser Eingreifen wurde in diesem Punkte sofort Wandel geschaffen.

Auch auf der vor einigen Jahren neugegründeten Steg-Arbeitslosen-Lokomotivfabrik, sowie auf der Waggonfabrik Behr. Ermerit zu Behrort liegen die Lohn- und Arbeiterverhältnisse ähnlich so im Argen. Bereinzelt lassen sie sogar noch mehr zu wünschen übrig. Dieses sei nicht nur allein im Interesse der Betroffenen und deren Familien zu bedauern, sondern noch mehr zu beklagen im Interesse der gewaltig hohen Ausgaben, die im gegenwärtigen und in der Zukunft die in der deutschen Fahrzeug- und Kriegsinstrumente beschäftigte Arbeiterschaft stellen wird. Bei der gewaltigen Teuerung müssen die Arbeiterlöhne wenigstens einigermaßen in ein ausgleichendes Verhältnis zum Kriegsgewinnbild dieser Industrien gebracht werden. Desgleichen ist auch die größtmögliche Versorgung der Arbeiterschaft mit den notwendigen Lebensmitteln, die Erhaltung und Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte zu sichern. Dieses Wäre nur durch die Selbsthilfe, durch die weitere Stärkung der Organisation gegeben. Wenn im besonderen in Bezug auf Löhne auf ungenügendem Verhandlungsweg eine Verständigung nicht erzielt würde, so böten die Einigungsinstanzen des väterländischen Hilfsdienstgesetzes hierzu eine gute Gelegenheit, diese Rechte nachzuforschen. Auch darüber wurde nähere Aufklärung gegeben und fanden auch diese Ausführungen lebhaften Beifall.

Nach der Wahl des Vorstandes schloß der Vorsitzende die überaus gut besuchte Versammlung mit der Versicherung, daß die Arbeiterschaft der Lokomotivfabrik, wie in den

Außersten Kräfte den vorliegenden Kriegsaufgaben widmen würden, aber auch mit aller Entschiedenheit die Rechte verlangten, die zu ihrer Erhaltung notwendig seien. Die erste Voraussetzung dazu sei die weitere Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und im besonderen auch die weitere Festigung des christlichen Metallarbeiterverbandes, der auch durch die vorliegende Versammlung wieder ein großes Stück praktischer Auffklärungsarbeit geleistet habe.

Duisburg. Die zahlreich besuchte Jahresgeneralversammlung unserer Verwaltungsgesellschaft fand am Sonntag, den 18. Februar 1917, statt und wurde Punkt 3 Uhr vom Vorsitzenden Kollegen Reker eröffnet. Nach den Begrüßungsworten wurde zunächst der gefallenen und verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise gedacht. Kollege Burgary verlas dann den Kassensbericht. Die Einnahmen für die Hauptkasse im Jahre 1916 betrugen 22 865,30 Mark gegen 19 881,95 im Jahre vorher. Die Einnahmen für das vierte Quartal 1916 betrug 11 809,55 gegen 6090,70 Mark im vierten Quartal 1915 — also eine Steigerung von fast 100 Prozent. Diese Zahlen lassen erkennen, daß unser Verband am Orte einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen hat. Die Jahresausgabe betrug 7904,70 Mark. Der Bestand der Kasse ist um 1080,69 Mark gestiegen.

Die Beitragsleistung war einigermaßen befriedigend. Die durchschnittliche Beitragsleistung pro Mitglied berechnet ergaben für Duisburg im ersten Vierteljahr 10,2, im zweiten Vierteljahr 11,7, im dritten Vierteljahr 11,9 und im vierten Vierteljahr 11,5. Der Jahresdurchschnitt betrug 11,2 Beiträge pro Mitglied. Erfreulich ist die Steigerung der letzten Quartale gegenüber den ersten. Die Durchschnittsberechnungen werden durch die starke Zunahme der Mitgliederzahlen beeinflusst; so kann man mit der obigen Durchschnittsziffer zufrieden sein. Unser Streben muß aber dahin gehen, in diesem Jahre mindestens auf 48 Beiträge pro Mitglied zu kommen. Auf unvollständige Zahler muß in diesem Sinne eingewirkt werden. Ferner haben nicht alle Zahlstellen genügend Wert auf pünktliche Abrechnung gelegt.

Eine Auffstellung über die Ausgaben der einzelnen Zahlstellen in Verwaltung und Einkassierung zeigte, daß die Mehrzahl der Zahlstellen sparsam gewirtschaftet hat. Einiges mußte allerdings empfohlen werden, dieser Sache etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Sehr erfreulich sind die Resultate der Agitation. Die Gesamtzahl der Aufnahmen im vergangenen Jahre betrug 2607. Auf die einzelnen Vierteljahrsabschnitte verteilen sich die Aufnahmen wie folgt: 1. Quartal 267, 2. Quartal 708, 3. Quartal 486, 4. Quartal 1046. So glänzend dieses Resultat an sich sein mag, so hätte in Anbetracht der großen Zahl unorganisierter Metallarbeiter noch mehr erreicht werden können, wenn alle Verbandskollegen mitgearbeitet hätten. Was von den in der Agitation tätigen Kollegen geleistet worden ist, lehrt folgende Aufstellung:

1 Mitarb. ...	169 Aufn.	1 Mitarb. ...	37 Aufn.
1 " " "	106 " "	1 " " "	34 " "
1 " " "	94 " "	2 " " "	32 " "
1 " " "	64 " "	3 " " "	31 " "
1 " " "	53 " "	2 " " "	30 " "
1 " " "	47 " "	14 " " "	20-26 " "
2 " " "	45 " "	33 " " "	10-19 " "
1 " " "	44 " "	30 " " "	5-10 " "
1 " " "	42 " "	59 " " "	2-4 " "
1 " " "	38 " "	62 " " "	1 " "

Ein Mitglied brachte es auf durchschnittlich drei Aufnahmen pro Woche, zwei Mitglieder auf zwei pro Woche und drei Mitglieder auf eine Aufnahme. Diese Leistung verdient höchste Anerkennung. 61 Mitglieder brachten eine bis drei Aufnahmen im Monat, ebenfalls sehr anerkennenswert. 151 Mitglieder beteiligten sich außerdem erfolgreich an der Agitation. Viel zu gering ist mit 62 die Zahl der Mitglieder, welche die Mindestleistung von einer Aufnahme im Jahr erreichten. Jedes Mitglied ist zur Agitation verpflichtet. Bei der großen Zahl unorganisierter Metallarbeiter wäre bei gutem Willen auch wohl jedem Verbandsmitglied möglich, mindestens einen Arbeitskollegen der Organisation zuzuführen.

Nach Zahlstellen verteilen sich die Aufnahmen wie folgt: Duisburg-Stadt 35, Dbg.-Hochfeld 152, Dbg.-Neudorf 17, Dbg.-Wanheimerort 42, Dbg.-Wanheim 49, Dbg.-Beed 197, Dbg.-Weiderich 613, Dbg.-Luar 761, Hamborn 68, S.-Marxloh 344, Homberg 27, Buchholz 9, Großenbaum 25, Ohlingen 37, Rheinhausen 111.

Zum Schluß forderte der Kollege Burgary alle Mitglieder zur eifrigeren Mitarbeit in diesem Jahre auf. Das neue Jahr hat mit rund 800 vorliegenden Beitrittsklärungen beweis einen vielversprechenden Anfang gemacht.

Hierauf berichtete Kollege Henckemeier über die äußere Tätigkeit des Verbandes. Sehr erfolgreich ist auf dem Gebiete der Lohnbewegungen gearbeitet worden. Lohnbewegungen waren 37 zu verzeichnen und 32 Eingaben wurden von uns, oder gemeinsam mit anderen Verbänden an verschiedene Werkleitungen gerichtet. Ein Teil dieser Eingaben wurde nicht von den Leitungen der Verbände, sondern von Arbeitern aus den Betrieben unterzeichnet. Bis auf einige Ausnahmen waren alle Lohnbewegungen von gutem Erfolg gekrönt. In zehn Fällen wurden Lohnaufbesserungen von 1 bis 1,50 Mark pro Schicht durchgesetzt. In einer ganzen Reihe von Betrieben betragen die Aufbesserungen 3 bis 8 Pfg. pro Stunde. In einigen Betrieben nahmen die Arbeiter im Laufe des Jahres zwei und dreimal mit Erfolg zu Lohnfragen Stellung. Wo die Bewegungen nicht zu dem Resultat führten, wie erwartet werden durfte, trug in der Regel die Arbeiterschaft der betreffenden Betriebe selber die Schuld daran. Mißhelos sind keine Erfolge zu holen und ohne starken Zusammenschluß in der Organisation geht's nicht. Redner betonte, daß auch Arbeiter in Betrieben, wo keine direkte Einwirkung durch Lohnbewegung stattfinden konnte, durch die Tätigkeit der Organisation im allgemeinen mit profitiert hat. Die Lohnsumme aller in unserem Bezirk in Frage kommenden Metallarbeiter zusammen gerechnet, dürfte im vergangenen Jahre um einige Millionen Mark gestiegen sein. Das dieses der Fall ist,

hat die Arbeiterschaft zum großen Teile dem energischen Wirken der gewerkschaftlichen Verbände zu danken. Unberechnet ist festzustellen, daß auch die Gewinne der Werke fast ausnahmslos riesig in die Höhe geschossen sind. Weitere Aufgebürdungen an die Arbeiter sind mit Rücksicht auf die sich noch weiter steigende Teuerung erforderlich und dringend zu wünschen. Vor allen Dingen ist zu erwarten, daß bei den Firmen, wo trotz Heeresaufträge und hoher Gewinne, den Arbeitern bisher wenig entgegenkommen gezeigt ist, eine Wendung zum Besseren eintritt. Dieses war der Fall bei Krupp in Rheinhausen; Niederrheinische Hütte, Mannesmann und verschiedenen kleineren Betrieben in Duisburg. Öffentlich steht die Arbeiterschaft in den genannten Betrieben bald ein, was not tut.

Die Ernährungschwierigkeiten haben uns das ganze Jahr hindurch bald hier und bald dort beschäftigt. Zu berechtigten Klagen geben die Unregelmäßigkeiten, oder die ungewöhnliche Verteilung von Lebensmitteln bei verschiedenen Werken Anlaß. In Betriebsversammlungen wurde mehrfach dazu Stellung genommen. Durch Eingaben und mündliche Verhandlungen bei den zuständigen Stellen sind nun manche Mißstände beseitigt worden. Es soll



Das Eiserne Kreuz

I. Klasse

erhielten die Kollegen

Johann Schreiner, Dorstfeld.
Willy Müller, Wiefelbwehel, M. Glabbach

Das Eiserne Kreuz II. Klasse

erhielten die Kollegen

- Franz Müller, Mena
- Heinrich Babel, Altdittling
- Bruno Strankfeld, Berlin
- Hans Koplack, Berlin
- Anton Diemert, Berlin
- Paul Fiehlauer, Berlin
- Franz Bergmann, Berlin-Oberschönweide
- Heinrich Menning, Belecke
- Karl Pöffeler, Belecke
- Conrad Otter, Cöln
- Wilhelm Schmitt, Cöln-Mülheim
- Kaspar Hafe, Dorstfeld
- Franz Meisner, Essen
- Rudolf Heider, Geisweid
- Franz Seiting, M. Glabbach, Unteroffizier
- Anton Konnegen, Hagen
- Otto Siebecke, Hagen, Verbandsbeamter
- Jezewski, Hamborn
- Dierrich Braunkhoff, Hamm
- Josef Marks, Hoven
- Josef Krone, Hoven
- Wilh. Pelzer, Hoven
- Wilh. Wolberg, Iffelsburg
- Wilhelm Lamers, Iffelsburg
- Paul Kühn, Magdeburg
- Anton Nümmerich, München
- Karl Pinder, München
- Kaver Danner, Nürnberg
- R. Warre, Offenbach

Inhaber der Hessischen Tapferkeits-Medaille.

- Erwin Reinath, Pforzheim
 - G. Finks, Sialberg
 - Franz Ogel, Warstein
 - Anton Kelleke, Warstein,
- unter gleichzeitiger Besoldung zum Unteroffizier
- Josef Kemmerling, Werthel-Nachrodt
 - Unteroffizier Karl Geisweid.

Die Hessische Tapferkeits-Medaille erhielten die Kollegen:

- Jakob Pfinger, Frankfurt a. Main
 - E. Kries, Offenbach.
- Das Bayerische Verdienstkreuz in. Schwertern

- Willy Fawol, Schwetzingen
 - R. Hart, Sonthofen
 - Fritz Schwalb, Nürnberg
- unter gleichzeitiger Verleihung der Tapferkeitsmedaille

Bis jetzt haben sich 1312 unserer Kollegen das Eiserne Kreuz und andere Ordensauszeichnungen erworben.

Wir beglückwünschen diese Tapferen und hoffen, daß sie gesund in unsere Reihen zurückkehren.

zugegeben werden, daß manche Werksdirektoren die Unregelmäßigkeiten, wie sie durch Werkangehörige in dieser Angelegenheit verursacht worden sind, nicht billigen. Aber wie will man verhindern, daß diese Personen das in ihre Hand gelegte „Kreuz“ dazu benutzen, um sich selber zuerst zu legen? Ein wirksames Mittel ist dadurch gegeben, daß Arbeiterausschüsse zur praktischen Mitarbeit in dieser Sache herangezogen werden. Ein derartiger Ausschuß wurde bei der Firma Ringsburg Alandberg gewählt und von der Werkleitung mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet. Dort, wie auch bei anderen Firmen, wo Arbeiterausschüsse zur Mitarbeit herangezogen wurden, sind gute Erfahrungen mit der Einrichtung gemacht worden. Die Arbeiterschaft ist zu Entschuldigungen bereit. Unberechnet ist es aber ein durchaus berechtigtes Verlangen, daß die vorhandenen Lebensmittel in gerechter Weise zur Verteilung gelangen und keine Verwahrung der wirtschaftlich beseitigten Werkangehörigen stattfindet.

Nur vor Jahresabschluss ist uns die Abmeldungsliste beschieden worden. Aus der Notwendigkeit des gegenwärtigen Krieges geboren, bringt das neue Gesetz neue Lasten und Pflichten für die breite Masse der arbeitenden Völker. Wenn das Gesetz auch Bestimmungen enthält, durch die die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer gewahrt werden können, so ist dieses dem energischen und zielstrebigsten Wirken der gewerkschaftlichen Berufsverbände aller Richtungen zu danken. Bei der Durchführung werden noch manche Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Umso mehr ist dieses hier in unserem Bezirk der Fall, weil von den Unternehmern und der mit diesen Hand in Hand arbeitenden wirtschaftsrechtlichen Werkvereinsbewegung gegen die sozialfortschrittlichen Bestimmungen des neuen Gesetzes Sturm gelaufen wird.

Beide Berichte wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen alle Redner ihre lebhafteste Freude über das schöne Ergebnis des vergangenen Jahres aus, so mäßig auch in diesem Jahre gearbeitet werden.

Die Vorstandswahl ging glatt voran. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. 1. Vorsitzender ist Kollege Reker, 2. Vorsitzender Kollege Burgary, Schriftführer Kollege Henckemeier. Ferner gehören zum Vorstand die Zahlstellenleiter. Die Kasse führt der Vorsitzende.

Dann gelangten folgende Beschlüsse zur einstimmigen Annahme:

Am 18. und 25. März findet in allen Zahlstellen Hausagitation statt. Die Vorbereitungen sind sofort in Angriff zu nehmen. Jedes Mitglied ist verpflichtet mit-zuhelfen.

2. In der Zeit vom 25. bis 31. März findet die Scherkontrolle statt. Sämtliche Mitglieder sind durch die Vertrauensleute zu sammeln. Denselben gehen noch nähere Anweisungen zu. Jedes Mitglied ist selbst dafür verantwortlich, daß die Kontrolle vorgenommen wird. Mitglieder, die ihr Recht nicht kontrollieren lassen, haben ab 1. April kein Anrecht auf die Leistungen des Verbandes mehr.

Ein Antrag der Zahlstelle Rheinhausen wurde an den Vorstand zur sachgemäßen Erledigung verwiesen.

St. Ingbert. Erhöhtes gewerkschaftliches Leben können wir auch in unserer Zahlstelle verzeichnen. Die Mitgliederzahl konnte im Jahre 1917 bereits verdoppelt werden. Selbst ist der Mann! Das Wort trifft auch für die Kollegen von St. Ingbert zu. Hätten sich die Kollegen nicht zur Mitarbeit aufgeschwungen, dann wäre auch alles beim Alten geblieben. Ja ohne Mitarbeit der Kollegen ging es in der Vergangenheit nicht und das wird in der Zukunft erst recht der Fall sein. Es kann nun einmal nicht alles durch bezahlte und freigestellte Kollegen geschehen, es muß praktisch und nachsichtbar. Wird in den Betrieben und am Orte nicht die mannigfaltigste Gewerkschaftsarbeit von den Kollegen selbst verrichtet, dann sind gewerkschaftliche Erfolge einfach ausgeschlossen. Das trifft nicht nur für die Lohnfrage zu, sondern auch für alle anderen Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Das vaterländische Hilfsdienstgesetz zwingt ja unsere Kollegen dazu, mehr mitzuarbeiten. Durch die Arbeiterausschüsse wird nichts erzielt, wenn die Kollegen nicht mitarbeiten. Das trifft aber auch für die Werbearbeit zu, denn die Werbearbeit ist ein Mittel zum Zweck. Die Kollegen haben doch schon öfters erfahren, daß die Arbeitgeber und Behörden uns öfters als die Beauftragten der Arbeiter aus dem einfachen Grunde nicht anerkannten oder nicht anerkennen wollten, weil wir nicht die Mehrheit der fraglichen Arbeiter organisierten hatten.

Der zunehmenden Mitarbeit der Kollegen von St. Ingbert war es auch zu verdanken, daß die Versammlung am 4. Februar gut besucht war, trotzdem die Einladungen nur durch die Mitarbeiter ergangen waren. Unser Beamter, Kollege B ä d e r, sprach über das Thema: Das vaterländische Hilfsdienstgesetz, ein Aufruf des Vaterlandes zur Arbeit und die Bedeutung der Arbeiterausschüsse. Der Erfolg der Versammlung war, daß eine schöne Anzahl neuer Kollegen gewonnen wurde. Gerecht werden die Kollegen in St. Ingbert auch viel zu tun haben, bis sie mal der Grundlage und Vorbedingungen zu einer ganz energiegelichen gewerkschaftlichen Arbeit geschaffen haben. Aber es geht vorwärts. Manches ist schon geschehen. Darum weiter vorwärts, unserem Ziele entgegen.

Versammlungs-Kalender

Samstag, den 11. März 1917:

- 8 Uhr bei Kopp.
- St. Ingbert. 4 Uhr bei Peters, Brandenburgerstraße. Es wird besonders damit gerechnet, daß die abwesenden Mitglieder vollständig erscheinen.
- St. Ingbert. Radm. 8 Uhr bei Köhler, Regentenstraße, Mitgliederversammlung.

Samstag, den 18. März 1917:

- Duisburg, Mülheim und Oberhausen. In allen Zahlstellen Hausagitation.
- Schwetzingen. 11 Uhr bei Dries, Breitenstraße.
- Frankfurt. 11 Uhr bei Hammappell.
- Hamm-Norden. Sonntag, 11 Uhr im Hotel Esch, Mitgliederversammlung.